

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Rückzug der Bundesregierung aus der internationalen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung stoppen – Deutsche Vermittlerorganisationen stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die international renommierte Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) ermöglicht hoch qualifizierten ausländischen Wissenschaftlern im Rahmen von Forschungsstipendien und Forschungspreisen Forschungsaufenthalte in Deutschland. Durch die AvH-Förderung ist über die Jahrzehnte ein einzigartiges Netzwerk entstanden, das entlang der Leitschnur „Exzellenz verbindet“ den ganzen Globus umspannt und bis heute 61 Nobelpreisträger zu seinen Alumni zählt. Am 19. Oktober 2023 hat sich jedoch der Präsident der AvH, Prof. Dr. Robert Schlögl, mit einem eindringlichen Appell an die deutsche Öffentlichkeit gewandt. Der Fortbestand der gesamten Stiftung werde aufgrund der von der Regierungskoalition geplanten Kürzungen „langsam gefährdet“ (www.jmwiarda.de/https-www.jmwiarda.de-2023-12-31-kuerzungen-im-bundshaushalt-humboldt-stiftung-droht-mit-stipendienstreichung/). Die AvH sehe sich „gezwungen, ein komplettes Stipendienprogramm einzustellen und mit kurzfristigen Einschnitten bei Erst- und Alumniförderung zu reagieren, um trotz Haushaltskürzungen die Stipendienzätze für ihre Geförderten erhöhen zu können.“ (www.humboldt-foundation.de/entdecken/newsroom/pressemitteilungen/haushaltskuerzungen-zwingen-humboldt-stiftung-zu-drastischen-einsparungen). Erste Konsequenzen der geplanten Kürzungen brachte AvH-Präsident Prof. Schlögl wie folgt auf den Punkt: „Es ist absehbar, dass wir insgesamt pro Jahr über 100 Stipendien weniger vergeben können. Das sind über 100 verpasste Chancen auf gute Ideen in deutschen Laboren und Bibliotheken und über 100 verpasste Chancen, lebenslange Freunde in aller Welt zu finden. Wir beobachten außerdem, dass die Vergabe von weniger Stipendien in der Regel zu einer überproportionalen Reduktion an Diversität führt, dass es häufiger Bewerbende aus eher schwächeren Forschungssystemen sind, die sich dann bei der kompetitiven Auswahl nicht durchsetzen können.“

Die AvH hat sich zudem dazu gezwungen gesehen, das prestigeträchtige Bundeskanzler-Stipendium für Nachwuchsführungskräfte einzustellen. Demnach wird für das Jahr 2024 die Zahl der Stipendien halbiert und bereits im kommenden Jahr keine neue Bewerbungsrunde mehr stattfinden können. Eine Reaktion aus dem Bundeskanzleramt ist nicht bekannt und verstärkt den Eindruck, dass der Bundeskanzler gerade in den

Bereichen Wissenschaft und Forschung keinen politischen Gestaltungsanspruch zu haben scheint. Im Bundesforschungsministerium und im Auswärtigen Amt herrscht Stille.

Die Handschrift der Regierungskoalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Bildungs- und Wissenschaftsbereich scheint vor allem mit dem Rotstift gezeichnet zu werden. Auch der Haushalt des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) soll im kommenden Jahr nach dem Mehrheitswillen der Koalition um 6,7 Millionen Euro gekürzt werden (www.rnd.de/politik/kuerzungen-beim-daad-geplant-stipendien-fuer-studenten-in-gefahr-3VWAELYMPNGV5CGI6ZHFMV2UBI.html). Der DAAD ist die weltweit größte Förderorganisation für den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern. Er fördert u. a. die Internationalisierung der deutschen Hochschulen, stärkt die deutsche Sprache im Ausland, unterstützt Länder des Globalen Südens beim Aufbau leistungsfähiger Hochschulen und berät in der Bildungs-, Außenwissenschafts- und Entwicklungspolitik. Durch die geplanten Kürzungen droht für den DAAD eine empfindliche Schwächung. Die Regierungskoalition fährt das internationale Engagement der deutschen Wissenschaftsorganisationen folglich nicht nur spürbar zurück, sondern bricht damit auch in aller Öffentlichkeit den eigenen Koalitionsvertrag: „Wir werden die institutionelle Förderung von Deutschem Akademischen Austauschdienst (DAAD) und Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) analog zum Pakt für Forschung und Innovation erhöhen.“ (www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422-c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1; S. 19)

Diese Prioritätensetzung der aktuellen Bundesregierung ist aus Sicht der Antragssteller falsch und schwächt Deutschland dabei, internationale Partnerschaften zur Lösung von großen globalen Herausforderungen wie z. B. den Klimawandel zu vertiefen. Die Bundesrepublik Deutschland war immer gut beraten, politische Entscheidungen auf einer breiten evidenzbasierten Grundlage zu treffen. Es ist allerhöchste Zeit, dass Wissenschaft und Forschung diesen Stellenwert wieder beigemessen bekommen. Es gilt, die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung strategisch auszubauen und die herausragend wichtige Arbeit der AvH und des DAAD entsprechend zu stärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dass sich der Bundeskanzler darum kümmert, geeignete Rahmenbedingungen zur Fortführung des prestigeträchtigen Bundeskanzler-Stipendiums für Nachwuchsführungskräfte der AvH zu schaffen;
2. endlich für Klarheit zu sorgen, ob und wie die Bundesregierung das von der Regierungskoalition gegebene Versprechen einer institutionellen Förderung von DAAD und AvH analog zum Pakt für Forschung und Innovation noch einlösen wird;
3. dem Deutschen Bundestag kurzfristig ein zielgerichtetes Maßnahmenpaket zur Sicherung der auch internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Stipendienhöhe deutscher Vermittlerorganisationen vorzulegen und die Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung zu schaffen.

Berlin, den 14. November 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion